

Dr. h. c. Hans Michelbach

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Bettina Hagedorn [SPD]: Was für ein Quatsch!)

Wir brauchen jetzt zur Sicherung der für Deutschland wichtigen Währungsunion konditionierte, wachstumsorientierte Hilfen. Sie wollten in vorauseilendem Gehorsam Schiffscontainer voll Geld nach Griechenland schaffen.

(Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

Herr Trittin hat uns gestern vorgeworfen, wir würden die Container immer zu spät schicken. Ich kann Ihnen nur deutlich sagen: Dieser vorauseilende Gehorsam ist der falsche Weg. Sie müssen Anpassungs- und Reformprozesse und Eigenverantwortung verlangen, um Stabilität zu erreichen. Das ist der wesentliche Punkt.

Mittlerweile gibt es auch in der Wachstumspolitik klare Unterschiede. Die Koalition steht für mehr Wachstum. Die Opposition steht hingegen für höhere Steuern. Sie verfolgt damit wieder einmal ein Wachstums- und Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Das ist die Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die SPD will die mittelständischen Unternehmen als Personengesellschaften höher belasten und gefährdet damit Arbeitsplätze. Die Umsetzung ihrer Pläne würde für Tausende Unternehmen bedeuten, dass arbeitsplatzschaffende Investitionsmittel durch Steuern und Solidaritätszuschlag geradezu aufgefressen werden. Die Große Koalition hat für die Wachstumsentwicklung 24 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Das hat die Wachstumsentwicklung begünstigt. Warum soll das heute falsch sein? Heute wollen Sie Ihre ideologische Kiste auspacken und die oberen 4 Prozent der Einkommensbezieher an den Pranger stellen.

- (B)

(Bettina Hagedorn [SPD]: Die wollen doch selber zahlen!)

Ich kann Ihnen sagen: Sie treffen 60 Prozent der mittelständischen Betriebe, die diese Mittel für Arbeitsplätze brauchen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Nicolette Kressl [SPD]: So ein Blödsinn!)

Sie wollen wie immer liquiditätsfeindliche Substanzbesteuerungen. Sie wollen eine weitere Erhöhung der Erbschaftsteuer. Sie wollen die Vermögensteuer wieder erheben, obwohl das Verfassungsgericht gesagt hat, in Deutschland dürfe die Steuerbelastung 50 Prozent nicht überschreiten. Nach Ihren Vorstellungen müssten die Spitzenverdiener von 1 Euro 82 Cent Steuern zahlen. Das ist verfassungswidrig und geht daher in dieser Form nicht. Wer soll denn noch Risiken bei Investitionen eingehen, wenn von jedem eingenommenen Euro 82 Cent Steuern zu zahlen sind? Das kann doch nicht die Lösung sein. Ich sage Ihnen: Blockieren Sie nicht unser Steuervereinfachungspaket. Schauen Sie, dass wir gemeinsam zu einer Entlastung kommen. Das wäre das richtige Konzept.

- (Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Legen Sie doch mal etwas vor!)

(C)

Die Steuerungerechtigkeit, die mit den SPD-Vorschlägen verbunden ist, gipfelt darin, dass Sie die Mittel, die sich aus der kalten Progression ergeben, einfach ein-kassieren wollen. Das ist ein Anschlag auf die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die kalte Progression muss abgeschwächt werden; denn dahinter stecken heimliche Steuererhöhungen. Wir werden den Menschen diese Mittel zurückgeben. Ihr Steuerkonzept ist falsch.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Ihre Redezeit ist um!)

Letzten Endes werden wir auch die Unterschiede im Bereich der Finanzmarktregulierung deutlich machen. Wir haben Wesentliches auf die Beine gestellt, von dem Verbot der Leerverkäufe bis zur Bankenabgabe. Da lassen wir uns von niemandem übertreffen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Herr Kollege.

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Wir regulieren die Finanzmärkte, und wir werden dafür sorgen, dass der Faktor des Dienens der Finanzwirtschaft für die Realwirtschaft wieder Platz greift. Das ist der richtige Weg; wir schlagen ihn ein.

Herzlichen Dank.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Nicolette Kressl spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Nicolette Kressl (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Michelbach, ich glaube, Ihre Rede war symptomatisch für das Problem, in dem die Koalition steckt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Ja, die Rede war sehr gut! Die Koalition ist auch sehr gut!)

Sie haben gesagt: Was gestern richtig war, kann doch heute nicht falsch sein. Genau das ist Ihr Problem: dass Sie sich nicht mit veränderten Rahmenbedingungen in dieser Welt und in Deutschland auseinandersetzen und für Ihre Politik keinerlei Konsequenz daraus ziehen. Das können wir Ihnen an mehreren Beispielen deutlich machen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie stehen zum Beispiel beim Thema Steuersenkungen wie ein alter Holzpflöck im Wasser, lassen die veränderten Rahmenbedingungen an sich vorbeirauschen

Nicolette Kressl

- (A) (Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Das ist aber sehr unhöflich!)

und glauben noch, Sie könnten mit Fug und Recht sagen: Was gestern richtig war, kann doch heute nicht falsch sein.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Das ist unflexible Politik; das ist Politik, die nicht auf die Menschen ausgerichtet ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns das doch einmal genau an: Spannend war, dass Sie über Einnahmepolitik, über Steuerpolitik die ganze Zeit so gut wie nichts gesagt haben, obwohl sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmepolitik für einen soliden Haushalt ein wichtiger Faktor sind. Ich verstehe das: Wer keinen Plan hat, kann auch nichts sagen. Aber es gehört eigentlich zu den wichtigen Aufgaben, der deutschen Bevölkerung zu sagen, was Sie tatsächlich vorhaben.

(Beifall bei der SPD)

Nach unserer sozialdemokratischen Überzeugung brauchen wir für ein solidarisches und für ein wirtschaftlich erfolgreiches Gemeinwesen ausreichende Finanzkraft, und zwar auf allen Ebenen. Es geht nicht um Steuereinnahmen um ihrer selbst willen, sondern es geht darum, dass die Gemeinschaft Ausgaben finanzieren kann, durch die für Gerechtigkeit und für Wirtschaftswachstum gesorgt wird. Das ist beispielsweise bei den Bildungsausgaben der Fall. Kein Wort ist während der gesamten Debatte in der Haushaltswoche gefallen, das in diesem Bereich einen ernsthaften Weg nach vorne weist.

- (B)

Wir sind der Überzeugung, dass Menschen mit sehr hohen Einkommen und Menschen mit sehr großen Vermögen einen größeren Beitrag für das solidarische Gemeinwesen leisten können, was sie im Übrigen – dies finde ich spannend – ja auch wollen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Ja!)

Das ist es, was ich meine: Sie merken überhaupt nicht, dass die Zeit an Ihnen vorbeigeht.

(Beifall bei der SPD)

Diejenigen, die betroffen sind, sagen: Ändert es doch. – Sie aber stellen sich hin und verkünden die Rezepte von vor fünf Jahren. Das ist keine kluge und keine vorausschauende Politik.

Wer sich weigert, veränderte Rahmenbedingungen wahrzunehmen, der klammert sich wie die FDP immer noch an Steuersenkungen, im schlimmsten Fall an Steuersenkungen auf Pump; das wäre in diesem Fall auch so.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Anders geht das ja gar nicht!)

Da der Finanzminister das weiß und viele in der CDU es eigentlich auch wissen, wird immer die kalte Progression bemüht. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Natürlich ist das ein Problem – wenn es denn der Realität entspräche. Aber was ist die Realität in den letz-

ten Jahren gewesen? Wir haben, weil Sie immer über kalte Progression reden, einmal im Hause nachgefragt, wie es denn wirklich damit aussieht. Ich darf Ihnen aus der Antwort zitieren:

Im Zeitraum 2006 bis 2010 wurde die kalte Progression im Ergebnis durch gesetzliche Maßnahmen spürbar abgeschwächt.

Das wissen Sie auch. Wenn Sie über 6 Milliarden Euro reden – die FDP will ja noch mehr –, dann bildet das die Veränderungen durch die kalte Progression in den letzten Jahren nicht ab. Dies zeigt, dass Sie nur ein Mäntelchen brauchen, um die FDP-Forderungen nicht vollends als hanebüchen erscheinen zu lassen und irgendwie begründen zu können, dass man jetzt Steuersenkungen machen müsse. Die Zahlen sprechen aber eine andere Sprache, Herr Minister Schäuble und liebe Koalitionsfraktionen.

(Beifall bei der SPD)

Abgesehen von diesen Zahlen stellt sich natürlich die Frage: Wen würden wir damit entlasten? Wir reden doch von kalter Progression durch steigende Löhne. Ich wüsste nicht, dass es im unteren und mittleren Einkommensbereich in den letzten Jahren tatsächliche Lohnsteigerungen gegeben hat. Sorgen wir doch gemeinsam dafür, dass die, die jeden Tag arbeiten gehen, tatsächlich von dem Geld leben können! Dann können wir auch über entsprechende Steuerpolitik reden. Aber es muss schon die richtige Reihenfolge sein.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie sich der Wirklichkeit in diesem Bereich verweigern, zeigt, wie ich finde, die gesamte Woche. Ich denke nur an Dienstag: Von Herrn Wissing kam keinerlei Vorschlag; er zeigte keinerlei positive Entwicklung auf. Das Einzige, was geht, ist, dass die FDP immer noch Opposition in der Regierung spielt und sich an irgendetwas abarbeitet. Wir erwarten verantwortungsvolles Handeln und Vorschläge, die deutlich machen, wie es in der Zukunft weitergeht. Das erwarten wir von Ihnen, und das erwarten auch die Menschen von Ihnen, wie ich finde, zu Recht.

(Beifall bei der SPD)

Solidarisch und wirtschaftlich vorausschauend wäre es übrigens gewesen, wenn sich Herr Michelbach oder Herr Barthle – ich weiß nicht, wer von beiden es war – nicht hier hingestellt und gesagt hätte, wenn die Mehrwertsteuervergünstigung für die Klientel Hotels zurückgenommen würde, wäre das eine Steuererhöhung. So ein Blödsinn. Es wäre die Rückkehr zu vernünftiger steuerpolitischer Handeln, wenn Sie diese 1 Milliarde pro Jahr endlich wieder einnehmen und nicht locker wegschmeißen würden.

(Beifall bei der SPD – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Hätten Sie lieber der Erhöhung des Kindergeldes zugestimmt! Familienfeindliche Politik machen Sie!)

Grund dafür – das wissen Sie doch auch –, dass Ihre mehrmals einberufene Mehrwertsteuerkommission ir-

(C)

(D)

Nicolette Kressl

- (A) gendwie nie tagt, ist, dass Sie sich nicht trauen, dieses Problem anzugehen. Ich frage mich: Warum? Der Terminplan kann im Laufe von anderthalb Jahren irgendwie nicht der Grund dafür sein. Es liegt daran, dass Sie nicht zu Potte kommen, zu sagen: Da haben wir einen Fehler gemacht. Das nehmen wir zurück. Damit haben wir für eine vernünftige Struktur unseres Staates jährlich 1 Milliarde Euro mehr. – Das ist doch Ihr Problem. Sie stellen sich den Herausforderungen nicht in verantwortlicher Weise.

(Beifall bei der SPD – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Sie müssen es korrekt darstellen! Die Milliarde teilt sich auf, auf Bund und Länder! Die haben nicht nur wir!)

Solidarisch und vorausschauend wäre es übrigens auch gewesen, wenn Sie im Rahmen der Gemeindefinanzkommission nicht aufgehört hätten, für strukturelle Verbesserungen bei den Kommunen zu sorgen. Wir finden es ja gut, dass die Kosten für die Grundsicherung übernommen werden. Es bedurfte übrigens massiven Bohrens der A-Länder und der SPD-Seite, dass es so weit gekommen ist.

Aber der Punkt ist: Nachdem Sie es nicht geschafft haben, die der Gewerbesteuer zu beseitigen, weigern Sie sich jetzt auch, über strukturelle Veränderungen, über Gemeindefinanzsteuern oder Veränderungen bei der Gewerbesteuer oder was auch immer nachzudenken, um so dauerhaft die Situation der Kommunen strukturell zu verbessern. Die Umsetzung eigener Vorschläge nicht gelungen, darüber beleidigt und dann Verweigerungshaltung gegenüber anderen Weiterentwicklungsmöglichkeiten – auch das ist symptomatisch für das, was Sie hier im Bereich der Steuerpolitik bieten.

- (B)

(Beifall bei der SPD)

Sie sind auch nicht bereit, wie wir es sind, über mögliche Veränderungen beispielsweise im Bereich der Brennelementesteuer zu reden. Sie wissen doch, dass diese Steuer nicht das eingebracht hat, was eigentlich vorgesehen war, weil Sie im Vorfeld massive Strukturfehler begangen haben. Ich denke, es ist an der Zeit, sich zu überlegen, wie man es schaffen kann, dass auch aus diesem Bereich entsprechende Einnahmen hereinkommen. In diesem Bereich gab es nämlich massiv steigende Gewinne.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Oh Gott!)

Ebenso machen Sie sich keine Gedanken darüber, wie Menschen mit sehr hohem Vermögen zur Finanzierung dieses Staates beitragen könnten. Hierfür gibt es ja nicht nur ein einziges Instrument. Man kann darüber diskutieren, wie man es macht. Das Problem ist auch hier, dass Sie sich der Wirklichkeit verweigern und nicht einmal über entsprechende Instrumente reden, weil Sie immer noch an den alten verrückten Zielen festhalten, die da lauten: Steuersenkungen, Steuersenkungen. Aber die Finanzierung des Staates, die Chancengleichheit für Kinder – all das geht den Bach hinunter, weil Sie sich der Wirklichkeit verweigern.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es noch die internationale Ebene; auch hier könnten Sie für bessere Steuerpolitik sorgen. Wo bleibt eigentlich eine neue deutsche Initiative zur Durchsetzung europäischer Mindeststandards bei der Unternehmensbesteuerung? Wir finden, spätestens nach der Debatte um Irland, die unter den Rettungsschirm wollten, aber von vornherein ausgeschlossen haben, die Körperschaftsteuer zu erhöhen, hätte es eine deutsche Initiative geben müssen, um dafür zu sorgen, dass das auf internationaler Ebene nicht mehr so weitergeht. Wir haben das einmal in Angriff genommen. Man kann hier nicht gleich Erfolge verzeichnen; das ist richtig. Ich hätte aber erwartet, dass Sie deutlich gemacht hätten, dass es so nicht geht. Das erwarte ich einfach von einer deutschen Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Ganz großes Kino in der Steuerpolitik stellt ja die Frage der Finanztransaktionsteuer dar. Schon vor der Sommerpause haben wir Ihnen hier im Parlament nachgewiesen, dass die FDP eine andere Position als der Finanzminister vertritt.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Wie fast jeder!)

Es war damals schon ganz klar und ist es jetzt wieder: Der Finanzminister sagt: „Finanztransaktionsteuer auch im Euro-Raum möglich“, die FDP sagt: „Auf keinen Fall.“

(Otto Fricke [FDP]: Sie sagt: In der EU!)

Jetzt frage ich Sie einmal: Wer soll diese Regierung, die keine feste Position hat, auf europäischer Ebene eigentlich ernst nehmen? Das wird nicht funktionieren. Ich frage Sie auch: Wann stellen Sie Ihre Position eigentlich klar? Ich finde, da muss dann auch die Kanzlerin ran und sagen: Hier gibt es unterschiedliche Positionen. Ich lasse meinen Finanzminister nicht von meinem Koalitionspartner demontieren. Wir machen es jetzt so oder so. – Aber da bewegt sich nichts: leerer Raum, keinerlei Positionierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der Biologie nennt man das Verhalten, das Sie bei der Finanztransaktionsteuer an den Tag legen, Mimikry. Ich habe einmal nachgeschaut, was das heißt. Die Biologie sagt: Mimikry ist eine Signalfälschung, die der Tarnung dient. Ich finde, alles, was Sie im Moment verbal zum Thema Finanztransaktionsteuer sagen, ist Mimikry. Sie reden darüber, Sie wollen es aber nicht. Dabei glauben Sie aber tatsächlich, dass die Menschen so doof sind, das nicht zu merken. Ich sage Ihnen: Im Tierreich wären Sie schon längst aufgefressen worden. So schlecht ist Ihre Mimikry in diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: In der Politik heißt es: unter 5 Prozent!)

Das mag jetzt vielleicht witzig klingen, aber das Problem ist, dass Sie dadurch, dass Sie Ihre Positionen nicht

Nicolette Kressl

- (A) klären, verhindern, dass sich die Akteure auf den Finanzmärkten an einer ordentlichen Finanzierung der Staaten beteiligen. Das ist das Problem an diesem Verhalten, das man ansonsten als lustig einstufen könnte. Wir wollen, dass Sie eine klare Position einnehmen. Dann unterstützen wir Sie auch in dem Kampf zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer auf europäischer Ebene.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen, der unter die Kategorie „Versagen auf internationalem Parkett“ fällt: Herr Minister Schäuble, im Interesse gerechter Steuerpolitik hätten wir es für wichtig gehalten, Sie hätten in den Verhandlungen mit der Schweiz eine andere Ausgangsposition eingenommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Mit der Kavallerie, wie der Herr Steinbrück, oder wie?)

Es ist ja nicht so, dass dieser Ablasshandel der Kompromiss nach harten Verhandlungen gewesen wäre. Sie waren von Anfang an bereit, diesen pauschalen anonymisierten Ablass zu akzeptieren; das ist nachlesbar. Das hat mit Steuergerechtigkeit nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD – Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Hohle Phrasen sind besser als Handeln! – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Kavallerie ist besser als Steuergerechtigkeit!)

(B)

Es ist immer wieder von der Kavallerie die Rede. Dazu will ich Ihnen etwas sagen. Wenn nicht Finanzminister Peer Steinbrück, auch verbal, so massiv darauf gedrungen hätte, dass dieses Thema international aufs Parkett kommt, dann hätten wir bis heute noch nicht die graue Liste bei der OECD,

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Was ist denn mit der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Nachbarland? Die guten Wirtschaftsbeziehungen, das ist etwas wert, nicht die Kavallerie!)

und Sie hätten überhaupt keine Ausgangsbasis gehabt, mit der Schweiz zu verhandeln;

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

denn deren Ziel ist, von der Liste herunterzukommen. Sie fahren im Windschatten und erkennen nicht, wer die Erkenntnis, dass die Schweiz sich in diesem Bereich bewegt, eigentlich ausgelöst hat.

Wenn wir jetzt eine Zwischenbilanz ziehen, müssen wir feststellen: kein Plan, keine Zukunftsvorstellungen, keine Ideen, wie es werden soll –

(Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Ist das die Überschrift der Rede?)

deswegen haben wir die ganze Zeit auch nichts über das Thema Steuern gehört –, und wenn einmal etwas kommt, dann wird es durch höchst unprofessionelles Handeln

verklärt. Ich sage Ihnen: Kein Plan, keine gute Arbeit – das schadet dem Haushalt und dem solidarischen Gemeinwesen in Deutschland. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Otto Fricke hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Otto Fricke (FDP):

Geschätzte Frau Vizepräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir bei den Haushaltsberatungen über Zahlen reden, sollte man auch immer bei Klarheit und Wahrheit bleiben. Ich bekomme von Bürgern, die uns zuhören, oft die Frage gestellt: Ist die geplante Neuverschuldung für 2012, wie sie das Kabinett beschlossen hat, viel oder wenig? – Erster Teil der Antwort: Jede Neuverschuldung ist zu viel. Das wissen wir hier alle.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für den zweiten Teil der Antwort ist es sinnvoll, die Zahl mit einer anderen zu vergleichen. Kollege Schneider, es war ein bisschen unfair, falsche Fakten zu bringen. Sie haben gesagt, es handele sich um die dritthöchste Neuverschuldung, die die Bundesrepublik Deutschland je hatte. Ich darf Sie daran erinnern, dass im ersten Haushalt von Rot-Grün 1999 bei einem viel geringeren Haushalt eine höhere Neuverschuldung geplant war als jetzt von uns. Die jetzige Neuverschuldung ist immer noch zu hoch. Aber die nächste Frage, die der Bürger stellt, lautet: Ich kann mit der Zahl 27 Milliarden gar nichts anfangen; mit solchen Zahlen habe ich nichts zu tun. Sind Sie wenigstens auf dem richtigen Pfad? Wo kommen Sie her und wo gehen Sie hin? (D)

Schauen wir einmal, wie die SPD und ihr Finanzminister Steinbrück es damals gesehen haben, wo wir landen werden.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das waren doch andere Rahmenbedingungen!)

– Es waren andere Rahmenbedingungen, weil wir die Rahmenbedingungen verändert haben, Frau Kollegin Hagedorn. Jetzt will ich versuchen, den Bürgern das darzustellen. Sie können sich ja dann ihre eigene Meinung bilden. – Die SPD und ihr Finanzminister haben gemeint, wir wären im Jahre 2010 bei einer Neuverschuldung in Höhe von 86 Milliarden Euro. Diese Summe haben wir als Koalition halbiert.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Wie viel habt ihr hier im Bundestag beschlossen?)

Aber was hatte die SPD in Bezug auf das Jahr 2012 gedacht, über das wir jetzt reden – natürlich mit einer gewissen Ungewissheit hinsichtlich des Verlaufs der Entwicklung, die Sie aber auch bei unseren Zahlen unterstellen?